

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 52 || Charlottenburg, Freitag, den 26. Dezember 1913 || Jahrg. 40

Sperren

Vollsperrten: Altmasser (C. Tisch & Co.), Alfeldorf (Rhenania), Fraureuth, Flörsheim, Kapselmacher, Grünstadt, König, Köpplersdorf (Philipp Koch, Hering & Sohn), Kranichfeld, Leignitz, Martiniamig, Neumünster, Planenhammer, Rehau (Reh, Scherzer & Co.), Schornberg, Staffel, Eisenberg (W. Jäger), Weiden (Hilsmann).

Halbsperrten in Deutschland: Bonn (Mehlem), Bismarck a. Weiser, Hennigsdorf bei Berlin, Königszell, Lützenhagen, Meuselwitz, Oeslau (Göbel), Passau, Reichenbach, Wabbe & Co., Schlierbach, Sörnewitz, Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Blas & Köppl), Gießhübl (Joh. Schuldes), Horn (H. Wehninger & Co.), Krawsta (V. Fiala & Sohn), Laun (B. Bernmann), Lubau (Gebr. Martin), Meretitz (Wentler & Co., Inh. J. Koch), Prag (Malerei Scharrer & Co.).

Das Weihnachtsfest der Arbeitslosigkeit.

Horch: Glockenlang und Weihenacht!
Die Not geht um, die Sorge wacht!

Der Hunger schleicht von Tür zu Tür
Und singt sein Lied in jedes Ohr...

Sein Lied klingt rau; es wühlt und wirbt,
Bis deinem Herz all' Hoffen stirbt!

Dann flammt ein Trost in deinem Blick:
Wo blieb dein Recht auf Licht und Glück?

Und dir wird's klar: nur du allein
Kannst Heiland Dir und Retter sein!

Wo du vertraust der eigenen Kraft,
Die nie verrückt, die nie erschläft,

So schaffst du dir mit starker Hand
Ein neues Zukunftssonnenland, —

Da weicht die Not, da flieht die Pein,
Da blüht ein Freudentergenschein,

Wie ihr in Tälern und auf Höh'n
Noch nie ein Weihnachtsfest geleh'n! —

Weihnachten.

In diesem Jahre empfindet die Arbeiterschaft die durch das Weihnachtsfest verfinsterte Idee der Liebe ganz besonders als Spott und Hohn. Hunderttausende sind arbeitslos. Welche Summe von Not und Elend dadurch entstanden ist, ist nicht auszubilden. Gleichgültig steht der größte Teil der Gatten dem Problem der Arbeitslosigkeit gegenüber. Wenigstens bemühen sich alle Profitjäger um die Erhaltung der göttlichen Ordnung, die fortwährend eine Armee Arbeitsloser braucht, um mit ihr „regulierend“ auf die Lohnhöhen einwirken zu können. Je größer die Reservearmee der Arbeitslosen, desto höher die Dividende. Trotzdem findet, nach Ansicht dieser Staatserhaltenden oder vielmehr vom Staat Erhaltenen, wer arbeiten will, immer Arbeit. Man treibt etwas Wohltätigkeitssport, der kein allzugroßes Loch in den Geldbeutel reißt und dankt seinem Herrgott, der alles so herrlich in der Welt eingerichtet hat.

Und die Ausgestoßenen? Wer von ihnen durch andauernde Arbeitslosigkeit, durch materielles Elend moralisch heruntergelassen, mit den bestehenden Gesetzen in Konflikt geraten ist, dem stehen Zuchthäuser, Arbeitshäuser und Gefängnisse offen. Dieselbe Gesellschaft, die für den Arbeitslosen selbst für den Preis seiner Arbeitskraft kein Stück Brot übrig hatte, fällt über ihn her, wenn er versucht, sich trotzdem das Notwendigste zum Leben zu verschaffen. Die Kriminalstatistik zeigt uns, welche Verheerungen die Arbeitslosigkeit verursacht.

Einzelne Gemeinden haben mit Rücksicht auf die große Höhe der Arbeitslosigkeit Nothstandsarbeiten in Angriff genommen. Das ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Die Gemeinden verringern dadurch die Summen, die sie für die Armenpflege ausgeben müssen. Aber nichts zur Vinderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not tut der Staat. Wenn es hochkommt, füttert er die Arbeitslosen mit Erwägungen und Erhebungen. Er darf nichts tun, weil es die Machthaber im Staate nicht dulden.

Trotzdem läuten wie immer, auch dieses Jahr alle Glocken; von allen Kanzeln wird wieder den Menschen die frohe Botschaft verkündet, daß der Heiland, der Erlöser, geboren sei. O, Ironie! Millionen von Menschen fristen durch harte Arbeit ein kümmerliches Leben. Die Not zerreißt die Familie. Sie treibt die Mutter von den Kindern hinweg in die Fabrik. Die Arbeit zermürbt vorzeitig die Kräfte. Und im Hintergrunde lauert immer das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Wann und wo ist den Arbeitsklaven der Heiland geboren? Aber die, die Arbeit haben, sind noch die Glücklicheren. Sie können mit den Ihrigen nach all der Plage und Mühjal wenigstens das Weihnachtsfest feiern, wenn auch in noch so sehr bescheidenem Maße.

Was ist alles Glockenläuten, was sind alle selbstbewußten Kanzelreden, alle Feterlichkeit? Das hat alles weiter keinen Sinn, als die grenzenlose Not und das graue Elend unserer göttlichen Weltordnung zu verdecken. Weihnachten ist das Fest der Kinder der Reichen und Wohlhabenden. Und die Kinder derer, die die Krise aufs Pflaster warf? Diese erfahren frühzeitig am eigenen Leibe, daß die Rede vom Fest der Liebe eitel Lug und Trug ist.

Das Weihnachtsfest ist in der Gegenwart dazu da, um dem Wolfe Kapitalismus ein Schafkleid umzuhängen. Und alles, was sich zur besseren Gesellschaft zählt, oder was in



deren Diensten steht, bemüht sich zum Weihnachtsfeste trampfhaft, den Raubtiercharakter des Kapitalismus zu verbergen. Und deshalb läuten die Glocken und ertönt in allen Kirchen das Wort von der Erlösung der Menschheit und vom Frieden auf Erden.

Friede auf Erden!

Ist es Frieden, wenn sich christliche Völker in der unmenschlichsten und vielblütigsten Weise morden, wie es auf dem Balkan geschah? Ist es Frieden, wenn Hunderttausende eines langsamen Hungertodes sterben nur deshalb, damit die paar tausend Menschen, die ohnedies im Überfluß leben noch mehr Reichthümer anhäufen können?

Nein, es gibt keinen Frieden auf Erden, es kommt kein Erlöser, wenn wir den Frieden nicht selber wollen, wenn wir uns nicht selbst aus den Banden der kapitalistischen Knechtschaft erlösen! Schon seit Jahrhunderten, ja seit Jahrtausenden, werden die Völker vertröstet. Vertröstet auf etwas Ideales, Unbestimmtes, in der Ferne schwebendes. Unterdes haben es eine kleine Anzahl Menschen immer verstanden, sich auf Kosten der großen Masse ein behagliches Leben zu verschaffen und irdische Güter anzusammeln, mit deren Hilfe die Völker in Schach gehalten werden.

Es ist Wintersonnenwende. Die Sonne steigt wieder höher und die Hoffnung, daß der Frühling den Winter nunmehr in kurzer Zeit befreit, faßt wieder Wurzel. Hoffnung? Nein, wir wissen das bestimmt. Ob auch der Vollerfrühling kommen wird? Ja, er wird kommen. Auch das wissen wir bestimmt. Aber, wie zur Zeit des Vorfrühlings der Winter zeitweise die Oberhand gewinnt, so schleichen sich auch in unsere Hoffnungen auf bessere Zeiten angefaßt der jetzigen trostlosen Zustände immer wieder Zweifel. Und diese Zweifel zu belegen, muß unsere ernsthafteste und heiligste Aufgabe sein, denn sie sind unser größter Feind. Sie führen uns, wenn wir sie nicht ernstlich bekämpfen, zur Gleichgültigkeit. Es ist Wintersonnenwende. Die Tage werden länger, das Licht kommt immer mehr zur Geltung. Zwar nicht plötzlich, nur nach und nach, aber mit mathematischer Sicherheit.

Den Menschen ein Wohlgefallen! So verkündet man den Gläubigen in den Kirchen. Als ob die Menschen ein Wohlgefallen fänden an Hunger, Elend und Not, an Arbeitslosigkeit, Lebensmittelvertenerung und Klassenhass! Aber wir wollen, daß es allen Menschen wohlgefällt, wohlgerhet. Und nur dieses ernsthafte Wollen wird uns helfen. Es ist der einzige Retter und Heiland des Menschengeschlechts.

In diesem Sinne feiern auch wir unser Fest, uns gelobend, nach unseren Kräften dazu beizusteuern, daß dieser Wille zur Tat wird, daß das Licht immer mehr Macht über die Finsternis gewinnt, daß die gegenwärtige frömmelnde Heuchelei durch echte Menschenliebe ersetzt wird.

Und so erheben wir die unvergleichlichen Worte des Dichters Jakoby zu unserem Weihnachtspruch:

Stehe auf, du Sprache, und gehe dorthin,
wo der Jammer wohnt,
wo das Elend zu Tische sitzt,
und der Hunger in den Eingeweiden wühlet.
Wen du dort finden wirst,
mache seinen zer schlagenen Arm stark
und seinen stumpfen Blick helle.
Laß nicht ab von ihm,
wenn er sich hinlegt vom Elend
und wenn er aufsteht zum Elend.
Trommle, zische, raune ihm zu:
Du sollst dich nicht treten lassen,
du sollst dich nicht unterdrücken lassen,
du sollst dich nicht ausaugen lassen,
du sollst den Sklavenknecht von dir tun,
du sollst die Knechtsknecht von dir tun,
du sollst dich nicht hüten vor einem lebendigen Menschen,
denn er ist nicht mecht als du.

Arbeitslose und Versicherte, schützt eure Krankenkassen!

Der Leipziger Ärzteverband hat den seit Jahren ange drohten Generalstreik über die Krankenkassen verhängt. Auf seine Anordnung weigern sich die Ärzte, über den 1. Januar nächsten Jahres hinaus neue Verträge mit den Krankenkassen zu schließen: es wird daher, soweit nicht Verträge schon bestehen, ein vertragsloser Zustand bei den Kassen eintreten. Damit müssen die Kassen von der Verpflichtung befreit werden, den kranken Versicherten die Hilfe von Ärzten zur Verfügung zu stellen. Die Kassen werden dafür eine bare Leistung geben

und es den Versicherten überlassen müssen, selbst für eine geeignete Behandlung zu sorgen. Die Ärzte sollen die kranken Versicherten nur gegen Vorauszahlung des Honorars oder gegen Leistung eines größeren Barvorschlusses behandeln. Dadurch könnten die Krankenkassen in die schwierigste Lage gebracht werden, wenn die Versicherten nicht die zur Abwehr dieses Schlags erforderlichen, noch bekannt zu gehenden Maßnahmen der Krankenkassen unbedingt befolgen.

Seit Jahren sind die Ärzte vom Leipziger Ärzteverband aufgestachelt worden. Die Ärzte sind deshalb gegen die Krankenversicherung voreingenommen und nehmen mehr und mehr gegen jede Versicherung für den Krankheitsfall eine feindselige Haltung ein. Die ärztliche Behandlung der kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und Landwirte sowie der unteren Beamten, die wirtschaftlich dem Arbeiter nahe stehen, für Rechnung freiwilliger Krankenkassen wird grundsätzlich abgelehnt. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung erschweren und verhindern die Ärzte die Einführung der Familienbehandlung, der wichtigsten Mehrleistung des Gesetzes. Den Beitrittsberechtigten, den sogenannten kleinen Selbständigen, soll ärztlich: Hilfe nur als Privatpatienten gewährt und damit die Versicherung vereitelt werden. Die Ärzte sind der Ansicht, daß sich jeder gegen Feuers-, Hagel- und Wassergefahr wie überhaupt gegen alle Unglücksfälle des Lebens versichern möge, nur nicht auf ärztliche Hilfe.

Das Gesetz gibt den Ärzten das unbeschränkte Monopol für die ärztliche Behandlung bei den Krankenkassen, verpflichtet diese aber in keiner Weise und hält sie nicht einmal hieran an. Dieser für die Kassen unhaltbare Zustand gibt den Ärzten das völlige Übergewicht über die Kassen und wird von ihnen zum Schaden der Kassen gründlich ausgenutzt. Die Ärzte wollen für die Kassen nur tätig sein, wenn es ihnen paßt und nur zu den von ihnen einseitig aufgestellten Bedingungen. Sie verlangen, daß grundsätzlich jeder Arzt, der es wünscht, zur Kassenpraxis zugelassen werden muß. Alle Verträge sollen zu dem gleichen Zeitpunkte ablaufen. Die Honorare sollen nach der Höhe des Arbeitseinkommens der Versicherten abgestuft werden. Die Ärzteorganisationen wollen für die ärztliche Versorgung der Versicherten, durch die 95 v. H. der Ausgaben der Kassen hervorgerufen werden, allein entscheidend sein, während nach dem Gesetz für die Kassenausgaben wie für die gesamte Kassengebarung der Kassenvorstand verantwortlich ist. Die Ärzte und ihre Organisationen lehnen eine Nachprüfung der durch sie bestimmten Ausgaben durch die Kassenorgane ab und wollen allein darüber befinden. Bei freier Arztwahl ist den Versicherten keineswegs der „Arzt des Vertrauens“ gewährleistet. Viele Ärzte denken gar nicht daran, Kassenpraxis zu treiben. Die Versicherten sollen nach den Forderungen der Ärzteorganisation angewiesen werden, den nächstwohnenden Arzt in Anspruch zu nehmen. In großen und mittleren Städten ist kein Arzt verpflichtet, die Hausbehandlung eines Versicherten zu übernehmen, der über zwei Kilometer entfernt wohnt, wenn mehr als ein dienstverpflichteter Arzt näher wohnt. Tut der Arzt dies doch, so soll der Versicherte die erheblichen Mehrkosten tragen. Bei unterschiedlicher Bezahlung der ärztlichen Behandlung der Versicherten würde, abgesehen von den großen praktischen Schwierigkeiten, sofort der Vorwurf erhoben werden, daß die Versicherten, für die mehr bezahlt wird, besser behandelt werden. Es würde dadurch ein Keil in die auf dem Grundsatz der Solidarität aufgebaute Krankenversicherung getrieben werden.

Um die Öffentlichkeit zu gewinnen, wird die Behauptung aufgestellt, daß 95 v. H. der Bevölkerung ärztliche Behandlung durch die Krankenkassen erhalte. Dies ist eine ungeheuerliche Übertreibung. Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung wird etwa 20 Millionen Personen umfassen. Rechnet man 10 Millionen hinzu, die vielleicht unter die Familienbehandlung fallen, so bleiben 35 Millionen Personen, d. h. mehr als 50 v. H. der freien Praxis der Ärzte vorbehalten und gerade alle bemittelten und wohlhabenden Volksschichten.

Die Krankenkassen sind bereit, angemessene Honorare zu zahlen und die Ärzte frei und unabhängig zu stellen, auch eine in jeder Beziehung ausreichende Zahl von Ärzten zuzulassen. Wo Kassen und Ärzte einig sind, möge auch die freie Arztwahl eingeführt werden.

Die Krankenkassen befinden sich in dem bevorstehenden Kampfe lediglich in der Abwehr. Sie haben ihr Möglichstes getan, um die seit Jahren bestehende große Spannung zu beenden. Die Kassenvertreter sind in ihren Zugeständnissen viel weiter gegangen, als nach dem Gesetz von ihnen beansprucht werden kann. Die mit Selbstverwaltung ausgestatteten Kassen lehnen es aber ab, sich alles aufzwingen zu lassen.

lassen, was die Ärzte in ihren Erwerbs-, Organisations- und Standesinteressen fordern. Sie verwahren sich auch gegen die unerhörte Sprache, die die Leiter der Ärzteorganisation gegen die Träger der reichsgesetzlichen Krankenversicherung führen, und gegen den Terrorismus, der Ärzten und Kassen gegenüber auf jede Weise und unter Benützung der staatlichen Standesorganisation geübt wird.

Die Krankenkassen können die Hauptforderungen des Leipziger Ärzteverbandes nicht anerkennen; dies hieße die Krankenkassen den Ärzten ausliefern und aus der Krankenversicherung eine Ärzteversicherung machen. Dafür kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen. Dringt der Leipziger Ärzteverband mit seinen Forderungen durch, so sinken die Kassen im wesentlichen zu bloßen Stellen für die Beitragserhebung und die Krankengeldzahlung herab. Die Arbeiter, Versicherten und ihre Arbeitgeber haben dann fast ausschließlich die Aufgabe, die durch die Ärzte bestimmten Ausgaben durch überaus hohe Beiträge zu decken. Die den Versicherten mit den Arbeitgebern im Gesetz gewährleistete Selbstverwaltung würde zum Hohn. Die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes bedingen an sich, wie auch durch ihre schlimmen Folgen und Begleitererscheinungen nicht nur erhebliche Erhöhungen der Beiträge, sondern auch eine Herabsetzung der Leistungen. Allein um die gesetzlich vorgeschriebenen Regelleistungen zu decken, müßte dann der höchste zulässige Beitragssatz erhoben werden. Ein Ausbau der Krankenversicherung wäre unmöglich gemacht und die ganze öffentliche Krankenversicherung in Gefahr gebracht. Das Gemeinwohl würde auf das Äußerste geschädigt!

Arbeiter und Versicherte, die Pflicht gebietet euch, in dem bevorstehenden Ärztestreik den für eure Interessen kämpfenden Krankenkassen rückhaltlos zu vertrauen und sie nachdrücklich zu unterstützen.

Wahrheitsliebende Christen.

Die christliche „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ erwähnte in ihrer letzten Nummer die Zurücknahme der Kündigungen in Eisenberg und die angebrochte Aussperrung. Sie stellt sich, wie schon bei der Aussperrung, auf die Seite der Unternehmer und versäumt nicht, bei letzteren den christlichen Keramarbeiterverband anzubiedern. Sie tut das, indem sie zum Schluß schreibt, daß dort allein die Möglichkeit gegeben ist, ungehindert dem Brotwerb nachzugehen und daß die Leitung dieses Verbandes nicht so leichtfertig die Existenz seiner Mitglieder aufs Spiel setzt. Das heißt mit anderen Worten: Die Unternehmer könnten sich die Ausgaben für die gelben Kassen ersparen, wenn sie für den Keramarbeiterverband Propaganda machen würden. Er ist genau so „wirtschaftsfriedlich“ als die Gelben.

In dieselbe Kerbe haut das Zentrumsblatt „Oberpfälzer Courier“, Amtsblatt für Weiden. Das Lokalblättchen wärmt den alten Kohl, daß der Porzellanarbeiterverband in leichtfertiger Weise Streiks inszeniere und damit Arbeitererzürnen aufs Spiel setze, nochmals auf und beschwert sich darüber, daß wir den Christlichen für ihren bei der Aussperrung verübten Streikbruch keine Belobigung erteilt haben. Es faselt schließlich davon, daß die Arbeiter, die eine Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse oder Lohnreduktionen abwehren, die Verschärften seien. Dieses Lied singt schon seit Jahren ein Teil der Oberpfälzer Zentrumspresse, und wir würden das Geschwafel des „Oberpfälzer Courier“ mit keiner Silbe würdigen, wenn das fromme Heuchlerblatt jetzt nicht den Gipfel der Gemeinheit erklimmen hätte. Es schreibt zu dem Streik in Planckenhammer:

„In Planckenhammer ist's ähnlich so. Es besteht dort weder ein Streik, noch eine Aussperrung. Tatsache aber ist, daß dort bis vor kurzem kein Andersgesinnter unter den rot organisierten Porzellanarbeitern sein Brot finden konnte.“

Wie uns von zuverlässiger Seite berichtet wird, hatten sich die Genossen in Planckenhammer einfach so etabliert, daß eben Arbeitslohn und Arbeitsleistung nicht mehr in Einklang zu bringen waren. Daß die Werksbesitzer nicht mehr weiter ihren Betrieb als „Versuchslabieren“ für sozialistische Treiberereien, — für hohen Lohn, minderwertige Arbeit — gebrauchen ließen, wollten sie nicht banalot werden, versteht sich für jeden vernünftig Denkenden, der nur halbwegs die Verhältnisse kennt, von selbst. Wollte man alle dort vorgekommenen Einzelheiten und sozialistischen Frechheiten der Öffentlichkeit unterbreiten, niemand würde es den Werksinhabern verübeln, wenn sie das rote Nest aushoben und sich erlaubten, wieder Herr über ihren eigenen Betrieb zu werden.

Es wurden in Planckenhammer einfach den sämtlichen sozialdemokratisch organisierten Arbeitern gekündigt und dieselben ordnungsgemäß entlassen. Und wenn die „rote Volkstribüne“ behauptet, daß in Planckenhammer „unter Stillschweigen unseres Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Pfleger den Arbeitern das Koalitionsrecht geraubt wurde“, so ist das eben eines der sozialdemokratischen Schwindeltricks, die gebraucht werden, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Das Koalitionsrecht raubten und rauben die „Genossen“ all ihren Kollegen mit denen sie nirgends und auch nicht in Planckenhammer zusammenarbeiten wollen, weil sie anderer Gesinnung sind. Diesen Unfug endlich einmal ein Ende zu machen, wurde in Planckenhammer praktisch durchgeführt.

Es kann also in Planckenhammer jetzt wieder jeder Porzellanarbeiter, Maler, Dreher usw. ohne Unterschied der Gesinnung arbeiten mit Ausnahme der rotorganisierten des Berliner Verbandes, weil diese jegliches Interesse am Fortbestehen des Betriebes vermissen ließen und sich den schärfsten Terrorismus gegen Andersgesinnte erlaubten.

Die in der roten Presse veröffentlichten Ausstreunungen beruhen auf grobem Schwindel. Es besteht weder ein Streik noch eine Aussperrung, es wird kein Druck auf die Zugehörigkeit zur Organisation ausgeübt. Von einem Streikbruch kann daher keine Rede sein.“

In Planckenhammer wurde sämtlichen „sozialdemokratisch“ organisierten Arbeitern gekündigt, das „rote Nest“ wurde aufgehoben. Es besteht aber weder ein Streik noch eine Aussperrung, es wird kein Druck auf die Zugehörigkeit zur Organisation ausgeübt. Wie reimt sich das zusammen?

Verständlich wird einem die Sache, wenn man erfährt, daß der in dieser Subelot genannte Reichstagsabgeordnete Dr. Pfleger Aktionär der Porzellanfabrik Planckenhammer ist. Der Verfasser dieses Artikels ist allem Anschein nach ein christlicher Arbeitersekretär, der eigentlich Arbeiterinteressen zu vertreten hätte, anstatt sich vor den Karren der Aktionäre zu spannen. Wie ist nun die Lage in Planckenhammer? Die dortige Porzellanfabrik zahlte von jeher sehr geringe Löhne, trotzdem sollten diese jetzt um 30 bis 50 Prozent herabgesetzt werden. Daß sich die Arbeiter dagegen wehren und daß ihre Organisation ihnen dabei, soweit es nur irgend möglich ist, behilflich ist, das ist eine Selbstverständlichkeit, über die man kein Wort zu verlieren braucht.

Die Porzellanfabrik, die in Händen einer Aktiengesellschaft ist, schüttete zu wenig Dividende aus, auf Kosten der Arbeiter sollen die Unternehmerprofite nun fetter gemacht werden und christliche Arbeitersekretäre und die Zentrumspresse leisten hierzu bereitwilligst Helfersdienste! Die christlichen Porzellanarbeiter werden von dem Blatte nun angefordert, in hellen Scharen nach Planckenhammer zu laufen und dort Streikbrecherdienste zu leisten, denn es bestünde dort weder ein Streik, noch eine Aussperrung, wird ganz lähn berichtet. Die Werksbesitzer hätten sich bloß nicht als „Versuchslabieren“ für sozialistische Treiberereien gebrauchen lassen, für minderwertige Arbeit hohen Lohn zu bezahlen.“ Das ist ja eine ganz niedliche Rechtfertigung für den Verrat, den die Christlichen wieder einmal begehen sollen. Wenn man im schwarzen Lager unbedingt erreichen will, daß christliche Arbeiter um die Hälfte billiger arbeiten sollen als die anderen Arbeiter, zu was um alles in der Welt zwingt man sie in christliche Organisationen und knöpft ihnen die Beiträge ab? Das könnten die Arbeiter doch viel billiger haben, sie gehen einfach zu den Unternehmern, die, sagen wir einmal, ihren Arbeitern 18 Mark bezahlen und bieten sich um 9 Mark Arbeitslohn an. Die Zentrumspresse würde auch das ganz in der Ordnung finden. Unter den himmelschreienden Sünden im Katechismus der katholischen Kirche ist nach den Lehren der Kirche die schwerste, „den Arbeitern den verdienten Lohn zu entziehen.“ Man sollte es deshalb kaum für möglich halten, daß sich Verfechter der christlich-katholischen Religion finden könnten, die jemandem, der sich dieser schwersten Sünde schuldig macht, in Schutz nehmen und verteidigen. Der „Oberpfälzer Courier“ bringt das fertig.

Für hohen Lohn erhielten die Werksbesitzer minderwertige Arbeit, deshalb mußten die hohen Löhne um die Hälfte gekürzt werden. Das ließen sich die Arbeiter nicht bieten, deshalb warf man sie hinaus. Die Zentrumspresse kommt dann und beschimpft die schwer um ihre Existenz ringende Arbeiterschaft noch und versucht sich in der Rolle eines Streikbrecheragenten. Was würde wohl der Nazarener, dessen Geburtstag jetzt wieder gefeiert und dessen Name wieder tausendfach in den Mäulern der frommen Christen vom Schlage des Artikelschreibers im „Oberpfälzer Courier“ verunglimpft wird,

zu dieser feinen Gesellschaft sagen? Es wäre eine Lust, dabei zuzusehen, wie sie aus dem Tempel flöge.
Der Porzellanfabrik Blankenhammer gratulieren wir zu diesen sauberen Bundesgenossen.

Verbands-Angelegenheiten

Quittung über eingegangene Gelder für eine Weihnachtsunterstützung der streitenden Mitglieder. Es sandten ein:

Adorf 5,—, Burgau 10,—, Colbitz 43,90, Dresden 106,75, Eisenach 5,—, Eisenberg 108,40, Emmerich 60,—, Farge 30,—, Gräfinau 105,—, Höhr 10,—, Kahla 100,— (darunter 20,— von dem Betriebsarbeiterpersonal der Firma C. W. Behmann & Sohn), Kloster Bebra 3,—, Lettin 9,25, Mannheim 15,—, Margarethenhütte 17,30, Mengersgeruth 15,20, Mitterteich 15,—, Müßchen 12,85, Ohrdruf 34,50, Pantow 5,50, Passau 10,50, Plaue 30,—, Radeberg 8,—, Roschütz 8,—, Spandau 15,—, Stadtlengsfeld 58,90, Suhl 20,—, Teltow 62,70, Tettau 40,—, Unterweißbach 30,—, Vohenstrauß 10,—, Wordamm 10,—, Walbershof 30,—, Waldsassen 5,—, Weißwasser 10,—, Wittenberg 21,85, von den norwegischen und deutschen Kollegen und Kolleginnen der Porsgrunder Porzellanfabrik in Porsgrund-Norwegen 27,50, Auma 31,—, Cassel 15,—, Charlottenburg 34,50, Frankfurt a. M. 10,—, Geschwenda 15,—, Gotha 15,—, Gräfenthal 45,85, Köppelsdorf 22,90, Markt-leuthen 20,—, Neuhaldensleben 20,—, Regensburg 5,—, Rudolstadt 29,90, Schechwitz 25,70, Scheibe 15,—, Schwarzga 10,—, Schwarzenberg 30,—, Stadtilm 10,—, Volkstedt 60,—, Weingarten 5,—, Berlin 7,75 (darunter 5,75 von den Kollegen in der Schloßbrauerei Schöneberg), Breslau 30,75, Coburg 10,—, Hüttengrund 23,50, Ilmenau 4,—, Leipzig 5,—, Nürnberg 20,—, Reichmannsdorf 15,—, Emmerich 20,—, Königsee 10,—, Langewiesen 15,—, Selb 562,20, Sophienau 20,—, Bunzlau 20,—, Hamburg 50,—, Mieselbach 5,—, Roda 4,—, Marl. In Summa 2349,15 Mark. Bereits quittiert 951,75 Mark. Zusammen 3300,90 Mark.

Noch ausstehende Beträge sind baldigst zu senden an Wilhelm Herden, Charlottenburg 1, Postfach-Conto 9308, Postfachamt Berlin NW. 7.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder 53484 Wilhelm Grieb und 53485 Jean Brunet, beide in Flörsheim, sind wegen Sperrebruchs vom Verband ausgeschlossen worden.

Der Vorstand.

Bitte zu beachten.

Dieser Nummer der „Ameise“ liegt die gelbe statistische Karte für das 4. Quartal bei. Zur Feststellung der Zahl der Arbeitslosen (Streikende nicht mitzählen) gilt als Stichtag der 31. Dezember. Diese Karte muß spätestens am 5. Januar 1914 in unseren Händen sein.

Zu spät eingeschickt hatten die graue Karte für den Monat November die Kassierer der Zahlstellen Moßendorf, Ränchen-Bladbach. Gar nicht berichtet haben Blankenhain, Däßelsdorf, Flörsheim, Geschwenda, Lauscha, Limbach, Okerode und Schwarzga.
Wollmann.

Beitrags-Quittungstypen.

Die Kassierer derjenigen Zahlstellen, welche gemäß § 3, Ziffer 3 der Rassenordnung, für die Erhebung der Beiträge durch Unter- bzw. Hauskassierer das Beitrags-Quittungssystem eingeführt haben, ersuche ich, die Bestellungen auf Karten pro 1914 möglichst bald an mich gelangen zu lassen, damit die Zusendung derselben rechtzeitig erfolgen kann.

Diejenigen Zahlstellen, die das Quittungstypensystem noch nicht eingeführt haben, verweise ich auf die Bestimmung des § 3 Ziffer 3 der Rassenordnung welche lautet:

Jeder Unter- bzw. Hauskassierer erhält von dem Zahlstellenkassierer für die Erhebung der Beiträge, von welchem er Beiträge zu erheben hat, eine Karte angefertigt. Diese Karte, auf der die Namen der Mitglieder, der Beruf, die Wohnung, die Zahl der Familienmitglieder und die Höhe des wöchentlichen Beitrages angegeben sein muß, ist mit 52 abtrennbaren Wochenheften versehen. Zu nun ein Mitglied an den Unter- bzw. Hauskassierer Beiträge entrichtet, dann trennt derselbe soviel Wochenhefte von der Karte des betreffenden Mitgliedes ab, soviel Wochenbeiträge dasselbe gezahlt hat und übergibt die abgetrennten Hefen dem Mitgliede als vorläufige Quittung. Der Unter- bzw. Hauskassierer ist verpflichtet, die einkassierten Beiträge

sofort an den Zahlstellenkassierer abzuliefern. Mit den Karten zugleich, ist auch dem Zahlstellenkassierer das Mitgliederbuch, in das die gezahlten Beiträge eingetragen werden müssen, sowie die Quittungstypen, zwecks Kontrolle, ob einkassierten Beiträge abgeliefert sind, zu übergeben.

Der Umstand, daß in letzter Zeit einige Fälle von Untreuen durch Unterkassierer festgestellt wurden, veranlaßt mich, die Verwaltungen zu ersuchen, bei der Auswahl Personen zu solchen Vertrauensposten die größte Vorsicht walten zu lassen. Nur vertrauenswürdigen Mitgliedern ein derartiges Amt zu übertragen. Zu den Personen, die für ein solches Amt nicht eignen, gehören auch diejenigen Mitglieder, die zu den kündigen Restanten zu rechnen sind.

Auch müssen die Verwaltungen und Revisoren ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß die Unterkassierer jede Woche mit dem Zahlstellenkassierer abrechnen, wöchentliche Ablieferung der einkassierten Beiträge ist unbedingt erforderlich.

Mit Nr. 51 der „Ameise“ erhielten die Zahlstellenkassierer eine „Wochentabelle“ zur Erhebung der Beiträge pro 1914.

Ferner zwei Formulare „Berufs-Statistik“. Auf diesen Formularen sind die Mitglieder, nach Berufen geordnet, aufzuführen. Die Gesamtzahl der auf diesem Formular angeführten Mitglieder, muß mit der im Abschluß des 4. Quartals 1913 angegebenen Mitgliederzahl übereinstimmen. Bei verschiedenen Zahlstellenkassierern voriges Jahr alle im Betrieb beschäftigten Personen aufgeführt hatten, sei ausdrücklich bemerkt, daß auf diesem Formular nur die am Schluß des 4. Quartals 1913 vorhandenen Mitglieder benannt zu sein haben. Ein Exemplar dieses Formulars ist genau ausgefertigt mit dem Abschluß pro 4. Quartal an den Unterzeichneten einzusenden.

Ferner ersuche ich die Zahlstellenkassierer sofort nach Schluß des 4. Quartals, ohne Rücksicht auf etwaige Restanten die Abrechnung fertigzustellen und einzusenden, damit bis zum 20. Januar 1914 von allen Zahlstellen die Abschlässe im Verbandsbureau eingegangen sind.

Zu bemerken ist noch, daß im Abschluß des 4. Quartals auch der Bücherbestand der Zahlstellenbibliothek anzugeben ist. Auch die Kassierer derjenigen Zahlstellen, welche ihre Bibliothek der allgemeinen Gewerkschaftsbibliothek einverleibt haben, müssen den Bestand der Bücher, welcher Eigentum der Zahlstelle ist, angeben und ist in diesem Falle zu vermerken: „der gemeinsamen Bibliothek einverleibt.“

Bei Ausfertigung der Beitragsliste bitte ich zu beachten, daß gemäß § 11, Ziffer 1 der Rassenordnung die Mitglieder der Reihenfolge nach aufzuführen sind. Muß wegen einem Mitglied in irgend einer Angelegenheit die Beitragsliste nachgesehen werden, was täglich mehrere Male vorkommt und die Mitglieder sind nicht der Reihenfolge der Nummern nach aufgeführt, dann ist die Suche nach dem betreffenden Mitgliede sehr zeitraubend. Die auf diese Weise täglich verloren gehende Arbeitskraft und -zeit könnte nutzbringender für die Organisation verwendet werden, wenn die Kassierer die einschlägigen Bestimmungen des Statuts und der Rassenordnung mehr beachten würden.
Wilhelm Herden, Verbandskassierer.

Aus unserem Berufe

Karl Schüller, der Sekretär unseres österreichischen Bruderverbandes, ist am 18. Dezember in Karlsbad gestorben. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 43 Jahren. Seine ganze Kraft hatte er in den Dienst des Verbandes gestellt. Die Beerdigung erfolgte am vorigen Sonntag.

Eisenberg. Bei den letzten Verhandlungen zwischen der Firma Jäger und den Streitenden erklärte der Direktor Bletsch, daß es ihm eine Unmöglichkeit wäre, mehr als einen Maler einzustellen (in der Buntmalerei). Es sind aber in dieser kurzen Zeit vier fremde Maler eingestellt worden. War nun die Versicherung des Direktors, nur einen einzustellen zu können, Wahrheit? Oder — wir wollen ihm zu einer Ausflucht verhelfen, und die vier erst soviel wert, wie einer von den streitenden Malern? Ist auch möglich. Jedenfalls lassen diese Sachen alle Schlüsse zu. Unter diesen Malern befindet sich eine Familie Weiß, die noch freundlichen Gedankens in Eisenberg ist. Die Geschäftsleute die die Familie von ihrem letzten Hiersein noch kennen, werden wohl recht große Freude haben, diese wieder zu ihren Kunden zählen zu können.

Daß auch die Polizei mit dieser Familie zu tun bekommt, beweist die Tatsache, daß einem dieser Burschen am letzten Sonnabend durch die Polizei ein Revolver abgenommen wurde, mit dem er einen andern bedroht hatte. Zu bemerken ist noch, daß sich auch die Reihen der Streikbrecher lichten. So gelang es uns in den letzten acht Tagen, vier Dreher, die einjahren, zu was sie benutzt wurden, aus dem Betriebe herauszuholen, gerade diese, die die Firma so sehr braucht. Diese Erfolge werden uns zu weiteren anspornen. Sind wir doch gewiß, daß uns unsere Kollegen auswärts durch Abhalten von Bezug nach Eisenberg unterstützen.

Grossbreitenbach. Wagner, Enders & Hüttl. Gegen unseren Willen sehen wir uns wiederum gezwungen, hier Stellung zu dieser Firma zu nehmen. Die Leser müssen nunmehr die Auffassung haben, als ob die Firma immer und immer wieder mit ihren Arbeitern im Kampf liegen müßte. Dies wird wohl an dem sein, wie uns nachstehendes gelehrt wird. Wie erinnerlich, hatte die Firma vor kurzem ihren Arbeitern größere Lohnreduktionen angekündigt. Durch diese Stellungnahme der Kollegen ist diese abgewendet worden. Die Gläser brauchen keine Dedel mehr zu machen und die Preise sind denen der Firma Eger & Söhne gleichgestellt und müssen demnach auch einige Artikel aufgebessert werden. Die Dedel sollten nun von Lehrlingen und Mädchen zum Preise von 0,50 Mt. hergestellt werden. Doch wenn man annimmt, daß dies nun auch geschieht, irrt man. Es wird jetzt einfach nur noch 0,40 Mt. gezahlt. Vor einigen Wochen stellte man ein junges Mädchen als Malerin ein. Den Eltern erklärte ein Firmeninhaber: „Aber nehmt mir sie nicht gleich wieder weg, wenn sie eingearbeitet ist.“ Nur einige Wochen wurde dieses Mädchen beschäftigt, dann erhielt es seinen Lohnspieß, und zwar soll es schuld sein, daß sich ein Teil von Kolleginnen organisiert hat. Hier soll der Herr „Ober“maler seine Hand mit im Spiel haben. Die Kollegin hat Tränen vergossen, als sie die Fabrik verließ. — Einem anderen Kollegen ist gekündigt worden, weil er sich bei Auseinandersetzungen mit dem Brennhausausseher, Herrn Richard Schold, zu Tätlichkeiten hinreißen ließ. Besterer hatte dem Kollegen, der ein verheirateter Mann ist, Ohrfeigen angeboten und ihn auch angerempelt. Es ist begreiflich, daß dies nicht jedermann gefallen läßt. Der Herr scheint überhaupt eine große Lust und Neigung für körperliche Züchtigung zu besitzen, denn erst kürzlich hat er einen Arbeiter geschlagen. — Wie fast bei jeder Bewegung, so haben sich auch hier einige Mann gefunden, welche die Sperre gebrochen haben. Es sind Leute aus Schnett, Heubach und Einsiedel. Was für Arbeit von diesen geliefert wird, ist schließlich Sache der Firma. Aber für uns steht fest, daß die Firma die gekündigte ist. Weiter wissen wir aber auch bestimmt, daß diese Leute kein ewiges Dasein feiern. — Wir sehen, daß es zu keinem Waffenstillstand kommen wird und mögen die unorganisierten Kolleginnen und Kollegen hieraus die Lehre ziehen. Anstatt Lohnverbesserungen haben sie nur Lohnverflechterungen zu gewärtigen. Den Kollegen von außerhalb über raten wir, um diesen Betrieb einen großen Bogen zu machen und erst Erkundigungen an zuständiger Stelle einzuziehen, ehe sie hier Arbeit annehmen.

Aus anderen Verbänden

Bauarbeiter. Ein außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter beschloß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Diese tritt am 1. April 1914 in Kraft. Sie beträgt je nach Beitragshöhe und Dauer der Mitgliedschaft täglich 0,45 bis 1,05 Mt. und wird im Verlauf eines Jahres bis zur Höchstdauer von 48 Tagen gezahlt. Für Arbeitslosigkeit in den Monaten Januar und Februar wird keine Unterstützung gezahlt.

Christlich-nationaler Arbeiterkongress. Auf der dritten Tagung der Christlich-nationalen Arbeiter, die vom 30. November bis 3. Dezember in Berlin stattfand, sprach der Abg. Diesberts über die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner. Er befürwortete eine Resolution, die forderte 1. die weitestgehende Aufklärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit, den Charakter und die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterschlages; 2. daß sich die Regierung und die Parlamente vor ihren Entscheidungen durch die scharfmacherischen Bestrebungen in Bezug auf den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise beeinflussen lassen; 3. daß die neuauftretenden Bestrebungen zur Einschränkung

des Koalitionsrechtes der Arbeiter bei Regierung und den Parlamenten entschiedene Zurückweisung finden. Der Kongress empfiehlt als wirksames Mittel zur Abwehr gegen die anti-sozialen Strömungen die Stärkung der auf christlichem und nationalen Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten. An dieses Referat schloß sich eine sehr lange, zum Teil härmliche Debatte. Die Resolution Diesberts wurde mit großer Majorität angenommen. Außerdem gelangte noch eine Resolution zur Annahme, die sich auf den Schutz der Heimarbeiterinnen, der Bergarbeiter, der Arbeiter in der Nahrungsmittelbranche usw. erstreckte. Der Kongress forderte ferner die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und sonstige Maßnahmen zur Sicherung des Koalitionsrechtes. Auch erklärte er es für eine Notwendigkeit, daß in der Arbeitslosenfrage sowohl vom Reich und den Einzelstaaten als auch von den Kommunen durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden.

Die Vertreter der katholischen Fachverbände zeigten sich auf dem Kongress als Schutztrupp der Junker und Scharfmacher.

Gewerkschaftsmitglieder sind lästige Ausländer. Seit einiger Zeit versucht der Glasarbeiterverband im Glaser Bezirk in Schlesien die dort zu Tausenden beschäftigten Glasarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Die Erfolge blieben nicht aus. Die Glasmaleiter im dortigen Bezirke sind zum großen Teile Oesterreicher und vielfach auch schon in Oesterreich organisiert gewesen, sodaß die Führung der Bewegung ihnen zufiel.

Trotzdem die Bewegung kaum begonnen, werden schon Versuche gemacht, um die junge Organisation im Keime zu erstickern. Der kaum gewählte Vertrauensmann ein sehr ruhiger Mann, erhielt seine Ausweisung als lästiger Ausländer. Womit mag der Mann sich wohl lästig gemacht haben?

Seit einigen Monaten geht übrigens auch der christliche Keram- und Steinarbeiterverband im Glaser Bezirk darauf aus, Mitglieder für sein Organisationsbüchlein zu gewinnen. Trotzdem die Herrschaften gleich einen Gauleiter dort hingeseht haben, kamen sie über ein Bäderbüchlein Mitglieder nicht hinaus. Als der Vorsitzende des Glasarbeiterverbandes einige Versammlungen abhalten wollte, hatten die christlichen Herrschaften ihm die Säle abgetrieben, trotzdem gelang es, die Versammlungen in anderen Lokalen abzuhalten. Nach den Saalabtreibungen nun die Ausweisung. Die dortige Arbeiterschaft ist für die Organisation reif, und die Ausweisung des Vertrauensmannes wird dem Gedanken der Organisation erst den Boden ebnen.

Einen nochmaligen Denkwort erhielt vor dem Landgericht in Leipzig der Vorsitzende des „Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes“, Herr Matthias Fromm aus Köln. Fromm hatte in seiner Keramarbeiterzeitung den Genossen Alois Staudinger, Redakteur am „Steinarbeiter“, als Polizeispiegel hingestellt. Zu dieser Anschuldigung kam Fromm wegen folgendem Vorgang: Auf dem Grundstück einer Steinbruchfirma hatte ein christlicher Sekretär eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Weil die Versammlung nicht angemeldet war, erhielt der christliche Sekretär ein Strafmandat. Fromm behauptete nun in seiner Zeitung, Staudinger hätte die Anzeige erstattet; er sei ein Polizeispiegel. Gegen diese Verleumdung erhob Staudinger die Beleidigungsklage. Vor dem Schöffengericht in Leipzig wurde der Verleumder zu 300 Mt. Geldstrafe eventuell 30 Tage Haft verurteilt. Seine Widerklage, die sich auf drei Artikel im „Steinarbeiter“ stützte, wurde vom Schöffengericht verworfen. Gegen das Urteil legte nun der christliche Führer Berufung ein, auch brachte er seine Widerklage aufs neue ein. Die Verhandlung vor dem Landgericht fand am 5. Dezember statt. Fromm redete sich nun darauf hinaus, er wäre zur Zeit, als die Keramarbeiterzeitung redaktionell bearbeitet wurde, verreist gewesen. Wer den Artikel geschrieben hat, wisse er nicht. Am 15. Mai aber hatte Herr Fromm an das Schöffengericht geschrieben, er hätte die Ausführungen in dem inkriminierten Artikel in bestem Glauben an deren Richtigkeit gemacht. — Und nun kam seine Ausrede, er kenne den Verfasser nicht. Sein Vertreter in der Redaktion mußte vor Gericht zugeben, daß er den Artikel schon unter den Namen der Materialien vorgefunden hätte, als Fromm abgereist war. Fromm sowie sein Verteidiger mußten vor Gericht nun endlich zugeben, daß Staudinger der Vorwurf des Spiegeltums nicht im entferntesten gemacht werden könne. Der christliche Führer trat denn auch nicht im geringsten den Wahrheitsbeweis an.

Das Berufungsgericht hielt das erstinstanzliche Urteil aufrecht; es nahm verleumderische Beleidigung an und beließ es auch bei der Geldstrafe von 300 Mt. Die Widerklage gegen Staudinger wurde abermals verworfen. In der Be-

Prüfung wurde angeführt, daß die schwere Beleidigung wider besseres Wissen erhoben sei; das Gericht stehe auf dem Standpunkt, daß Fromm der Verfasser des Artikels sei und daß Staubinger die Anzeige nicht erstattet habe.

Starker Mitgliederverlust im christlichen Bergarbeiterverband. Der „Bergknappe“, das Organ des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, teilte kürzlich schon die für die christliche Organisation sehr betrübende Tatsache mit, daß für Oktober 97 Zahlstellen nicht mehr abgerechnet haben, 25 Zahlstellen seit August und 4 Zahlstellen seit Juli nicht. Danach muß es in dieser Organisation recht trübe aussehen. Der Öffentlichkeit wird allerdings kein Einblick in die Organisationsverhältnisse dieses christlichen Verbandes gewährt, denn der Gewerkschaftsverein hat seit mehr als drei Viertel Jahr keine Abrechnung gegeben. Wie es aber sonst bei ihm aussehen mag, dafür bietet die Mitteilung des katholischen „Arbeiters“ einen Beleg, der mitteilen kann, daß der christliche Gewerkschaftsverein allein im Saarrevier 10 000 Mitglieder verloren haben soll.

Vermischtes

Arbeitslosenversicherung und Unternehmer. In Hannover nahm vor einigen Tagen eine sogenannte Arbeitsnachweiskonferenz der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zur Arbeitslosenversicherung Stellung und kam zu einer Resolution, in der u. a. folgendes gesagt wird: „Die Versammlung steht in der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktionsfähigkeit und in der Vermehrung der Arbeitsgelegenheit den wirksamsten Weg zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und ist überzeugt, daß eine Arbeitslosenversicherung die Steigerung der Produktivität erheblich erschweren müßte. Die Unternehmerschaft muß, nachdem sie eben erst die Reichsversicherungsordnung und das Reichsgesetz über die Angeestelltenversicherung ihr namhafte Opfer anferlegt haben, die Übernahme weiterer, aus einer Arbeitslosenversicherung ihr zugemuteten Lasten ablehnen. Die Konferenz warnt auf das nachdrücklichste vor den für die Volkswirtschaft verhängnisvollen Folgen, die aus einer Ueberspannung des Versicherungsgedankens und einer immer weitergehenden Verminderung der Selbstverantwortlichkeit sich ergeben. Sie wendet sich endlich entschieden gegen die Förderung des sogenannten Genter Systems, weil dieses eine einseitige Stellungnahme zugunsten der der Arbeiterschaft feindlichen Kampfgewerkschaften der Arbeiter bedeutet. Aus diesen Gründen bedauern die Arbeitgeber auf das lebhafteste die Stellungnahme der Reichs-Preussischen Staatsregierung, die in mehrfachen Erklärungen diese Versicherungseinrichtungen empfahlen und gefördert hat.“ In dieser Resolution kommt der Klassenkampfcharakter der Unternehmerverbände mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Denn mit keinem Gedanken wird bei dieser Stellungnahme berücksichtigt, daß trotz der großartigen Steigerung der Produktionsfähigkeit von Jahr zu Jahr die Arbeitslosigkeit immer größer geworden. Der Protest der Unternehmer entspringt in Wirklichkeit nur der Furcht, daß die Arbeitslosenversicherung dazu beitragen könnte, das Los der Arbeiter erträglicher zu machen und sie davor zu schützen, ihre Arbeitskraft mit zunehmendem Alter zu immer schlechteren Bedingungen verkaufen zu müssen.

Der Kursstand der Versicherungsaktien zeigt am deutlichsten das glänzende Geschäft, das dem Privatkapital auf diesem Gebiet möglich ist. Nach den neuesten Kursberichten zeigt sich folgender Stand: „Wilhelma“, Magdeburg, Nominalbetrag 300 Mk. pro Aktie, Kurswert 2275 Mk.; „Thuringia“, Nominalbetrag 3000 Mk., Kurswert 6150 Mk.; „Vittoria“, Nominalwert 3000 Mk., Kurswert 11 600 Mk.

Aus dem Reichstags. Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Proposition eingebracht: „Welche Maßnahmen gedenkt der Reichstag zu ergreifen, um den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die durch die immer wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen verschärft werden? Ist es insbesondere bereit eine alle Arbeiter und Angestellte umfassende Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, sowie zur Bekämpfung der zurzeit besonders sich geltend machenden Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Hilfsmittel zu ergreifen?“

Die Resolution fand am 5. Dezember auf der Tagesordnung. Der Vertreter des Reichsanwalts, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr Dr. Delbrück, ließ es in seiner

Antwort auf die Interpellation an schönen Worten nicht fehlen. Er gab ausdrücklich zu, daß sich auch das Reich um die Arbeitslosenversicherung kümmern müsse. Aber von der Arbeitslosenversicherung wollte er nichts wissen. Die Schwierigkeiten wären dabei zu groß und die Unternehmer keine Kosten der Arbeitslosenversicherung tragen.

Offenbar sind aber auch für den Staatssekretär Schwierigkeiten durchaus nicht entscheidend. Wichtigere vielmehr die Furcht, daß die freien Gewerkschaften durch die Arbeitslosenversicherung gestärkt werden können. Die Gewerkschaften wollen den Arbeitern möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen. Das ist ihr ganzes Verbrechen. Um dieses Verbrechens willen sucht der Staatssekretär zu vermeiden, was irgendwie zu einer Stärkung der Gewerkschaften führen könnte — selbst wenn dadurch Tausende von Arbeitern dem furchtbarsten Elend preisgegeben werden. Bleibt den Arbeitern nichts weiter übrig, als sich in der gleichen Weise als bisher den Gewerkschaften anzuschließen. Wenn sie auf Staatshilfe warten, können sie noch lange warten und — hungern.

Streikversicherung der Unternehmer. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gründete vor einigen Tagen in Berlin eine Centrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung. Der neuen Organisation traten 100 Verbände bzw. Entschädigungsgesellschaften mit einer Gesamtlohnsumme von über 700 Millionen Mark und einer Arbeiterzahl von 675 000 bei. Als Vorsitzender dieser neuen Koalition wurde Fabrikbesitzer Garvens in Hannover bestimmt, die Geschäftsführung wurde Syndikus Dr. Längler übertragen.

Die Deutsche Bank und das Koalitionsrecht. Die Bankangestellten mußten vor einigen Wochen in einer unglücklichen Versammlung zur Wahrung ihres Koalitionsrechts Stellung nehmen. Den Anlaß zu dieser besonderen Versammlung gab die Entlassung eines Angestellten der Deutschen Bank. Die Forderungen seiner Kollegen bei der Direktion eingereicht um Rücksprache mit einer Deputation der Angestellten hatte. Die Direktion der deutschen Bank nahm dem gegenüber einen ziemlich propizigen Standpunkt ein. Die Angestellten antwortete zunächst dem Beauftragten der Angestellten und zeigte sich auch zu keiner Besprechung bereit. Der Angestellte selbst, der elf Jahre bei der Bank tätig war, wurde kurzerhand entlassen. Nach diesem koalitionsfeindlichen Verhalten der Deutschen Bank entstand für die Zentralverbände der Gewerkschaften die Frage, ob sie ihre Depositen bei der Bank belassen könnten.

Die Generalkommission als oberste Instanz der Gewerkschaften erwuchs die Pflicht, als Hüterin des Koalitionsrechts jeder Arbeiter- und Angestelltengruppe sich auf die Seite der Gewerkschaften zu stellen und hier helfend oder vermittelnd einzugreifen. Sie trat deshalb mit der Direktion der Deutschen Bank in Beziehungen, um von dieser die Zusicherung zu erhalten, daß sie das Koalitionsrecht der Angestellten in jeder Form wahre. Diese Verhandlungen schweben zurzeit.

Wenn die Deutsche Bank ausreichende Garantien für das Koalitionsrecht der Angestellten nicht gibt, so ist es wahrscheinlich, daß die Geschäftsbeziehungen zwischen den Gewerkschaftsverbänden und ihr aufgehoben werden.

Hansabund und Arbeitswilligenschutz. Der Hansabund, der das Ziel verfolgt, Gewerbe, Handel und Industrie in der einseitigen agrarischen und großindustriellen Machtgelfäßen zu schützen, hat sich neuerdings als Scharfmacherorganisation den Gewerkschaften gegenüber gezeigt und den Schutz des Streikbrechers auf seine Fahne geschrieben. Das ist das Resultat einer Sitzung des Industrierats des Hansabundes, in der einstimmig folgende Entschliessung das Licht der Welt erblickte: „Der Industrierat des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie erachtet es für die Pflicht des Hansabundes, daß dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern mit Entschiedenheit entgegengetreten wird. Unter voller Anerkennung des bestehenden Koalitionsrechts, das der Industrierat unangetastet wissen will, hält er zur Sicherung der freien Entschliessung der Arbeiter in Fällen von Arbeitsstreitigkeiten folgende Maßregeln geboten: Es ist zu verlangen, 1. daß für eine gleichmäÙige und energische Anwendung der bestehenden polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften zur Sicherung der Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs gesorgt wird, und insbesondere zu diesem Zweck durch das Reich dafür Erstattungen getragen wird, daß seitens sämtlicher bundesstaatlicher, landespolizeilicher oder provinzialer Behörden tünlichst gleichmäÙig

Ordnungen erlassen werden, durch welche die polizeilichen Amtsbekanntmachungen nicht nur über das Recht, sondern auch über die Pflicht zum Einschreiten bei Streikexzessen an Hand der bestehenden Gesetze belehrt werden; 2. die Einführung einesleunigten Strafverfahrens durch Abkürzung von Fristen; 3. die Verminderung von Formlichkeiten; 4. die Beilegung von Ausnahmefällen der Gewerkschaften und Berufsvereine durch die Bestimmung, daß der § 31 des B. G. B. auch auf eingetragene Gewerkschaften und Berufsvereine anwendbar ist; 5. die Ergänzung und Abänderung des § 240, 241 des Strafgesetzbuchs im Sinne einer schärferen Fassung der Begriffe der strafbaren Bedrohung und Nötigung. Das Industrieministerium richtet an das Präsidium und Direktorium des Reichsanwaltschafts die dringende Bitte, möglichst bald im Reichsanwaltschaftsamt vorstehender Forderungen bei den maßgebenden Behörden sowie beim Reichstage vorstellig zu werden und erbetet von den industriellen und gewerbesfreundlichen Parteien des Reichstags eine baldige Initiative in dieser Frage, um durch den übermächtigen Terrorismus der Gewerkschaften die fortgesetzte Bedrohung der Freiheit der unabhängigen Arbeiter baldigst ein Ende zu machen. Er stellt in dem Entwurf dieser Frage eine der wichtigsten nächsten Aufgaben des Reichstags.

Das sind Forderungen nach Ausnahmegesetzen schlimmster Art. Und das zu einer Zeit, in der ein Arbeitswilliger einen Arbeitlosen ungestraft erschlagen hat und in der für das Wort „Streikbrecher“ 5 Monate Gefängnis verhängt wurden. Der Reichsanwalt als dritter im Bunde der Scharfmacher des Reichsanwaltschaftsverbandes und der brutalen Junker!

Zur Unterhaltung

Das Geschenk der Landesmutter.

Von H. Erdmann.

Es war ein kalter Morgen, als die Glocken vom Turme der Weihnachtsfest einläuteten und die Geburt des Heilandes verkündeten. Ueberall herrschte große Freude über das Christfest, natürlich auch in unserem kleinen Walddorfe. Mir hatte die Landesmutter ein Paar warme Strümpfe und eine Pelzmütze geschenkt, wie meine Eltern erzählten. Meine Freude über das Geschenk war übergroß, hatte es mich schon in den vorausgegangenen kalten Tagen an den Kopf gedrückt, wenn ich den Weg zur Schule zurücklegte. Daß gerade das Christfest wußte, was mir fehlte, hatte mich ganz glücklich, so daß ich schon am frühesten Morgen mehrere Male: „Du fröhliche, o du seltsame, gnadenbringende Weihnachtsfest“ unter dem Christbaum anstimmte.

Doß damit sollte die Festfreude noch nicht ihr Ende gefunden haben, sondern es winkte uns Kindern noch ein besonderes Geschenk, und zwar von der gnädigen Landesmutter. Soebenlang war uns das schon bekannt, und unser Lehrer erzählte nicht genug von der Liebe der Landesmutter. Mit jeder Stunde wuchs die Begeisterung, und lange schon wurde auf den langersehnten Tag mit Freude gelauert. Endlich war sie angekommen, nach dem Gottesdienste sollte das Geschenk verteilt werden. Noch nie hatte ich den Weg zur Kirche, besonders im Winter angetreten, aber an diesem Tage konnte ich in meiner Feststimmung und Geschenkefreude die Zeit nicht erwarten.

Endlich läuteten die Glocken, zum Zeichen, daß der Gottesdienst seinen Anfang nehme. Der amtierende Geistliche, ein alter Pfarrer, anfangs der dreißiger Jahre, begann mit den Worten: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, so sprach der Heiland, dessen Geburtstag wir heute feiern.“ Mit großer Andacht lauschten wir Kinder den Worten des Predigers und bewahrten die allergrößte Aufmerksamkeit, um nicht bei dem Herrn Pfarrer in Ungnade zu fallen, denn es war es übertragen worden, das Geschenk der Landesmutter zu verteilen. Der Gottesdienst war zu Ende. Anschließend daran fand ein Taufakt statt. „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn diesen ist das Reich Gottes,“ das waren die Worte, aber die der Geistliche jetzt sprach. Als die heilige Handlung damit begonnen wurde, sah ich dem jungen Erdenbürger das erforderliche Quantum Wasser in das Haupt gegossen wurde, erzählte mir mein Schulnachbar ein originelles Biß, wobei er sich über das Taufwasser lustig machte. Dieser Biß löste ein Lächeln bei mir aus, das mir aber zum Verhängnis werden sollte. Der Herr Pfarrer sagte gerade, als mir das Lächeln entschwinden war, auf uns alle nieder und dabei meine „Näpfelein,“ wie er

es später nannte, bemerkt. Lachen oder Sprechen während des Gottesdienstes oder einer heiligen Handlung wurde zu der damaligen Zeit in unserem Dorfe als schweres Verbrechen geahndet; in der Regel bekam man einige Wochen Strafarbeiten durch den Lehrer zubilligt, zuweilen gab es anstatt Strafarbeiten körperliche Rüchtigungen.

Als wir den Weg zur Schule antraten, warf mir der Herr Pfarrer einen so bösen Blick zu, daß langsam in mir die Furcht vor den kommenden Dingen aufstieg. In der Schule angekommen, begann der Herr Pfarrer mit einer neuen Epistel über die Wohlthätigkeit und Liebe der Landesmutter. Auch sei die gegenwärtige Stunde dazu angetan, immer mehr Liebe und Anhänglichkeit der Landesmutter und dem Landesvater zu beweisen. Manches Kinderherz sei schon durch ihre Gaben erfreut worden. In diesem Jahre sei nun auch einmal unser Ort mit einem Geschenk bedacht worden, indem die Landesmutter jedem Schulkind ein Paar Handschuhe schenke. Bei dieser Rede blickte der Pfarrer immer auf mich. Als er geendet hatte, kam er auf mich zu, packte mich am Ohr und hob mich über meinen Nachbar aus der Bank heraus. „Was hattest du Näpfelein, du Heide, vorhin in der Kirche? Für so einen Näpfelein ist kein Geschenk der Landesmutter angebracht!“ Er schleppte mich in den Hausflur, wo er mir ein paar friedfertige Ohrspeigen verabreichte und bemerkte, daß nun das mein Weihnachtsgeschenk sein solle und die mir zugeordneten Handschuhe würde er anderweitig verwenden.

Den einen Akt hatte ich glücklich überstanden, aber der zweite sollte folgen. Denn es tauchte ein neuer Gedanke in mir auf, und das waren die Eltern. Was würden die sagen, wenn ich ohne das Geschenk nach Hause komme? Schließlich gibt es nochmals Näpfelein, denn mein Vater liebte es, mich streng und ordentlich, natürlich ordentlich nach seinen Begriffen zu erziehen. Ich entschloß mich, nicht nach Hause, sondern in einen Nachbarort zu den Großeltern zu gehen. Da ich nicht zu meinen Eltern zurückkehrte, war ihre Besorgnis um mich groß und sie suchten die ganze Umgegend nach mir ab, in dem Glauben, ich hätte mir ein Leid angetan. Am andern Morgen brachte mich meine Großmutter zurück und siehete um mildernde Umstände, da sie mich sehr lieb hatte. Mein Vater wollte aber diesen Fall nicht ohne Strafe vorübergehen lassen und so bekam ich einige Tage Stubenarrest zubilligt. Als die anderen Schüler bemerkten, daß ich wieder angekommen war, wurde ich von ihnen verhöhnt. Scharenweise stellten sie sich auf die Straße, hoben die Hände in die Höhe und zeigten die Handschuhe der Landesmutter. Nur einen Tröster im Leide hatte ich, und das war mein Schulnachbar; er teilte meinen Schmerz dadurch, daß er mir während meiner Arreststrafe Gesellschaft leistete. Auch ließ er mir ab und zu einen Handschuh, wenn wir zur Schule gingen und es mich an der Hand, in der ich die Bücher trug, froh. Er tat dies zum Danke dafür, daß ich ihn nicht verraten hatte, denn er war ja der Urheber meines Verhängnisses.

Der Geistliche mußte bald darauf seine Hirtendienste quittieren, da er durch ein unheilbares Leiden arg mitgenommen wurde. Darüber freute ich mich sehr, denn in wenigen Jahren sollte ich Konfirmandenunterricht bei ihm erhalten. Wer einmal den Horn eines solchen geistlichen Herrn auf sich geladen hat, weiß ja, was es bedeutet, wochenlang sich von im unterrichten zu lassen. Nur eins hatte ich aus dieser Geschichte gelernt, und das war das Denken. Die Abneigung gegen die Kirche war mir schon als zwölfjähriger Knabe beigebracht worden; als ich aus der Schule entlassen war, betrachtete ich das Gotteshaus nur noch von außen, und kam recht bald zu einer anderen Weltanschauung.

Sterbetafel.

Pfankenhammer. Johann Neubauer, Dr., geb. 28. Juli 1869 in Schönheid, gest. 18. November an Blutsturz.

Selb. Ludwiga Strobel, Wf., geb. 3. Mai 1872 in Piftenhammer bei Karlsbad, gest. 6. Dezember an Gehirnerweichung. Krankheitsdauer zirka 2 Jahre.

Waldenburg. Karl Tschersich, Dr. (Anwalt), geb. 29. Dezember 1860 in Reußendorf, Kr. Waldenburg, gest. 4. Dezember d. J. an Asthma. Krankheitsdauer zirka 6 Jahre.

Fraureuth. August Bollstädt, Dr., geb. 8. August 1856 in Fraureuth, gest. 17. Dezember an Asthma. Letzte Krankheitsdauer 5 Jahre.

Farge. Friedrich Uslar, Dr., geb. 26. August 1858, gest. 15. Dezember an Lungenentzündung.

Wittenberg. Elia Möhler, Fertigmacherin, geb. am 9. Januar 1894, gest. 17. Dezember an Krampf-Gelenkrheumatismus.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen

Eisenach. Rff. Friedrich Hoffmann, Langenjalzaerstr. 23.

Versammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

- Huma.** Sonnabend, 8. Januar, 7 1/2 Uhr, bei Senff.
Grossbreitenbach. Montag, 29. Dezember, 8 Uhr, Generalversammlung im „Goldenen Hirsche“.
Magdeburg-N. Sonnabend, 8. Januar, 8 Uhr, bei Donnic, Fabrikstr. 5-6.
Passau. Sonnabend, 8. Januar, im „Schwarzen Bären“, Theresienstr.
Rheinbach. Sonnabend, 8. Januar, 8 1/2 Uhr, bei Klee. Abschluß.
Suhl. Sonnabend, 10. Januar, 8 1/2 Uhr, in Dombergs Ansicht.
Cettau. Montag, 5. Januar, im „Schwarzen Adler“.

Anzeigen

Mitteilung. Wer den Aufenthaltsort des Mitgliedes Fritz Reichert, Buchnummer 964, kennt, wolle dies dem Unterzeichneten mitteilen. Franz Torzewski, Goldschmied in Sachsen, Haingasse 257.

Quittung. Es gingen noch nachträglich für unser krankes Mitglied H. Weinert ein: Ruma 3 Mt. Quittiert 219,95 Mt. Summa 222 95 Mt. Allen Gebern besten Dank. S. A. Franz Payer, Hermsdorf S.-A.

Arzberg. Den Mitgliedern der Zahlstelle zur gefl. Kenntnis, daß ich ohne Rücksicht auf die Restanten ab 10. Januar 1914 mit dem Abschluß beginne. Die Hauskassierer werden ersucht, die festgesetzten Tage zur Ablieferung ihrer Beiträge zu benutzen; das sind Dienstag und Donnerstag jeder Woche. Kiebling, Rff.

Um eine Revision der Bücher vornehmen zu können, ersuchen wir diejenigen Kollegen und Kolleginnen die von unserer Bibliothek Bücher in Händen haben, dieselben baldigst abzuliefern an Kollegen Ludwig Josef, Conjum.

Grossbreitenbach. Wir weisen die Kollegen auf die am 29. Dezember stattfindende Versammlung hin, in der ein Vortrag gehalten wird. Mit einem guten Besuch können die beiden, lange Jahre der Verwaltung angehörenden Kollegen besonders geehrt werden. Die Verwaltung.

Suhl. Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen, die den jetzigen Aufenthaltsort des Oberbrenners Otto Töppel aus Laasdorf, Sachsen-Altenburg uns namhaft machen können, dies sofort zu tun. Die Verwaltung.

Cettau. Der Abschluß wird bestimmt am 10. Januar fertiggestellt. Die Unterkassierer wollen die Mitglieder darauf aufmerksam machen. Bibliotheksbücher müssen wegen Übergabe bis dahin abgeliefert und die Streifenmarken entnommen werden.

Arbeitsgelegenheit u. Arbeitsangehete kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Erforschung nur bei Porto-Einzufügung

Tüchtiger Retoucheur, der auch im Modellieren und Entwurf firm ist und ebenso als Former arbeitet, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse erster Firmen, für sofort möglichst dauernden Posten. Gest. Angebote unter A. D. 3. 52887 an die Ameise erbeten.

Tüchtiger Porzellan- und Emaillemaler,

in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, mit Aerographen auf Unterglasur vollständig vertraut, sucht Stellung im Auslande. Offerten unter C. A. an die Ameise erbeten.

Solider Porzellanmaler, 20 Jahre alt, tüchtig in Polier- goldarbeiten, sowie in feinen Gold- und Farbstempeltanten auf Tafelgeschirr, sucht baldigst Stellung. Eventuell Übernahme der Suchende auch leichte Kontorarbeiten. Angebote unter B. W. an die Ameise erbeten.

Preis der 2 gepulverten Beiträge 30 Pfennig

Gesundheits-Anzeigen

Voranzahlung ist Bedingung

Zur Jahreswechsel!

Die herzlichsten Glückwünsche
 Meiner hochgeachteten... schaft von... und fern, wünsche ich ein recht gesundes, glückliches und anregendes Neujahr mit der Versicherung, im neuen Jahre alle mit zugehörigen Sendungen noch gewissenhafter erledigen zu wollen als zuvor.

Prosit Neujahr!

M. Köhler, Dresden, Bettinerstraße 20.

Guten Aerograph

kauft Kerber, Berlin, Turmstrasse 18, 4 Tr.

Gold-, Silber- und Platinabfälle

als Schmiere, Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend

Max Haupt, Dresden-N., Bönischplatz 17

Herr Kollege, warum schicken Sie Ihre Goldabfälle nicht bis jetzt einen Versuch machen, sind meine ständigen Kunden geworden.

Mit kollegialem Gruß

H. Langhammer, Wilkau b. Swidau, Sachsen.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldasche,

und sonstige goldhaltige Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Martin Kaufmann, Zwickau i. S., Bahnhofstr. 1A.

Goldabfälle

jeder Art, Goldlappen, Goldwatten, Schmiere, Schrotgold kauft höchstzahlend

E. Secht, Berlin S. 12, Sebastianstraße 76. Telephon Amt Rortplatz, Nr. 5279.

Goldschmiere, Goldabfälle

Durch mein einfaches selbstprobirtes Schmelzverfahren bin ich in der Lage (Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Stupfer, Pinsel, Watten, Näpfe, Paletten, Flaschen), das Gramm Feingold nach Goldbars anzukaufen, also höchste Zahlung, bei streng reellster und gewissenhafter Bedienung. Keine Schmelzkosten, sofortige Geldsendung. Prozente werden nur im Dezember gezahlt. Viele Anerkennungen und Empfehlungen vom In- und Ausland. Geschäftsprinzip: Viel Kundenschaft, wenig Stuben.

M. Köhler, Dresden-N., Bettinerstraße 20.

Wo? verkauft man am vorteilhaftesten Goldabfälle? Nur beim Verbandskollegen

Karl Fränzel, Pötschappel b. Dresden, Weiheritzstr. 7. Schnellste Erledigung.

Meiner verehrten Kundschaft

die herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahre.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle,

wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Asche, sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-N., Serrestrasse 8. Gold- und Silberscheideanstalt.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Zahl
 well
 grossen
 Umsatz
 höchste
 Preise



Kügel-
 Metall-
 Schmelze
 Georgendal
 1890

Osterwollstrasse 32. Otto Siefert, Zwickau S.

Alle Kollegen kaufen Drellhosen, Jacken, Schürzen, Mützen usw. am besten bei dem Kollegen

Eduard Koch, Königsee in Thüringen.

Eigene Anfertigung. Reelle, prompte Bedienung.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Berggolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Goldschmiere, veräichertes Glasgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchst. Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekt.

Emil Böhm, Eisenberg S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art. NB. Empfehle ff. Glasgold. 10 Gr. 8,50 Mt.

Goldabfälle, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft bei reeller Bedienung

Jean Klein, Ahlen in Westfalen.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.